NIEDERSCHRIFT HFA/0027/2018

über die Sitzung des **Haupt- und Finanzausschusses** am 25.01.2018 im Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks	

Ausschussmitglieder:

Frau Heike Ahlers	Vertretung für Herrn Dr. Wolfgang Meyring
Herr Matthias Ahlers	
Frau Brigitte Mollenhauer	
Herr Franz-Josef Schulze Thier	
Frau Birgit Schulze Wierling	Vertretung für Herrn Marco Lennertz
Frau Margarete Köhler	
Herr Carsten Rampe	
Herr Thomas Walbaum	Vertretung für Herrn Thomas Tauber
Herr Ralf Flüchter	Vertretung für Herrn Ulrich Schlieker
Frau Maggie Rawe	

Vortragende Gäste:

Herr Mathias Raabe	zu TOP 1 ö. S.
Frau Susanne Hicking	zu TOP 3 ö. S.

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing	
Frau Marion Lammers	
Herr Martin Struffert	
Marion Kessens	bis einschl. TOP 3 ö. S.
Frau Birgit Freickmann	Schriftführerin

Gast:

Herr Frank Wieland	

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:45 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Vorstellung der Mobilitätsstudie des Kreises Coesfeld

Der Mobilitätsbeauftragte des Kreises Coesfeld, Herr Mathias Raabe stellt die Mobilitätsstudie des Kreises Coesfeld vor und berichtet über die Zielsetzungen der Radverkehrsplanung im Kreisgebiet (siehe Anlage 1 im Ratsinformationssystem).

Frau Dirks weist darauf hin, dass sich die Stadt Billerbeck bereits vor Jahren auf den Weg gemacht habe, fahrradfreundliche Kommune zu werden und bislang schon einiges getan wurde, z. B. würden Bürgerradwege gebaut, Fahrradaufstelltaschen an Kreuzungen etc. angelegt und Einbahnstraßen sowie die Fußgängerzone für Radfahrer geöffnet. Gleichwohl stelle sich die Frage, was darüber hinaus getan werden könne.

Herr Raabe führt aus, dass er zu dem örtlichen Radverkehr in Billerbeck wenig sagen könne. In erster Linie könne Billerbeck die Projekte, die der Kreis in den Stiel stoße, unterstützen.

Herr Flüchter stellt fest, dass der Kreis sich eher mit dem Netz beschäftige und z. B. versuche, den Berufsverkehr auf‘s Rad zu bringen. Ihm sei aber daran gelegen, die Stadt Billerbeck für Fußgänger und Radfahrer attraktiv zu gestalten und da wolle er wissen, wo man beim Kreis Coesfeld anknüpfen könne.

Herr Raabe führt aus, dass er nicht einschätzen könne, ob die Stadt Billerbeck von der Erstellung eines Radverkehrskonzeptes profitieren könnte. Billerbeck sollte schauen, wie andere Kommunen ihren innerörtlichen Radverkehr regeln. Die Stadt Billerbeck befinde sich mit den bereits umgesetzten Maßnahmen auf einem sehr guten Weg. Zudem könne auf Studien und Materialien der AGFS zurückgegriffen werden. Die Notwendigkeit der AGFS beizutreten, sehe er nicht, da Billerbeck bereits über den Kreis Coesfeld Zugang zur AGFS habe und der Beitrag sehr hoch sei. Kleinere Städte wie Billerbeck müssten den gleichen Beitrag wie z. B. Köln zahlen.

Abschließend bedankt sich Frau Dirks bei Herrn Raabe für seinen Vortrag.

2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.05.2017
hier: Erarbeitung eines Tourismuskonzeptes für Motorrad- und Radfahrergruppen

Frau Kessens stellt die bisher im Rahmen der Erstellung eines Masterplans festgestellten Ergebnisse im Rahmen einer Power-Point-Präsentation vor (siehe Anlage 2 im Ratsinformationssystem).

Frau Dirks teilt mit, dass Vertreter der diwf consulting am 20.06.2018 allen 5 Räten der beteiligten Kommunen die Ergebnisse vorstellen werden. Im Anschluss daran werden die Fachleute hier im HFA unter Einbeziehung der beiden vorliegenden Fraktionsanträge vortragen, was man machen müsse, wenn man sich den Zielen stellen wolle.

Herr Flüchter führt an, dass die Empfehlungen aus dem Masterplan auf die Stadt Billerbeck heruntergebrochen werden müssten und sich dann die Frage stelle, wie das gestaltet werden könne.

Frau Dirks bestätigt, dass diese Überlegungen im nächsten Schritt folgen werden.

Herr Walbaum wirft die Frage auf, ob im Masterplan auch die Unterbringung mobilitätseingeschränkter Touristen (auch bei Tagungen) berücksichtigt werde.

Frau Kessens berichtet, dass sich die diwf auch mit dem Qualitätsmanagement beschäftige. In diesem Zusammenhang werde es demnächst eine Schulung für alle Gastgeber geben, bei der es auch um die Unterbringung mobilitätseingeschränkter Personen gehe.

Frau Mollenhauer stellt fest, dass man anschließend an den Schwachpunkten arbeiten müsse, dass man sich dies aber auch leisten können müsse.

Vor dem Hintergrund, dass es bis 2026 noch ein langer Weg ist fragt Frau Rawe nach, welche Möglichkeiten bestehen, vorab schon bestimmte Dinge anzugehen.

Frau Dirks teilt mit, dass es Handlungsempfehlungen mit einem Zeitplan geben werde. Dann werde man entscheiden müssen, was man sich leisten könne. Im Übrigen sei ein roter Faden wichtig. Man könne nicht alles bedienen, das funktioniere nicht mehr. Ideen seien aber immer willkommen.

Frau Dirks stellt abschließend fest, dass man sich mit dem Tagesordnungspunkt weiterhin beschäftigen werde.

3. Vorstellung eines Logos für die Stadt Billerbeck

Frau Hicking stellt das von ihr entwickelte Logo vor (siehe Anlage 3 zur Niederschrift im Ratsinformationssystem).

Herr Rampe regt an, die Vereine anzuschreiben und auf die Verwendung des Logos hinzuweisen.

Frau Rawe pflichtet dem bei. Es wäre wünschenswert, wenn das Logo verbreitet würde.

Das vorgestellt Logo wird von allen Ausschussmitgliedern lobend zur Kenntnis genommen.

4. Zuschuss an den DJK/VfL Billerbeck für den Bau des 2. Kunstrasenplatzes
hier: Entsperrung der Haushaltsmittel für 2018

Herr Ahlers spricht den Vertretern des Vereins, die sich mit dem Projekt beschäftigt und Klinken geputzt haben, um Geld zu sammeln, seinen Dank aus. Die Schritte zur Vorbereitung eines zweiten Kunstrasenplatzes seien nun abgeschlossen. Jetzt stehe die CDU zu ihrem Wort, die Finanzierungslücke zu decken.

Herr Rampe erklärt ebenfalls, dass die SPD, wie schon im Rahmen der Haushaltsplanberatungen ausgeführt, dem Sportverein die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen wolle.

Frau Rawe schließt sich dem an. Bei den Haushaltsplanberatungen sei bereits alles gesagt worden.

Der HFA fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

1. Aufgrund der noch bestehenden Deckungslücke bei der Finanzierung des 2. Kunstrasenplatzes in Höhe von 28.150,00 € wird dieser entsperrt.

2. Der DJK/VfL Billerbeck erhält nach Abschluss der Baumaßnahme (2. Kunstrasenplatz) einen kommunalen Zuschuss von insgesamt 178.150,00 €.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Wahl einer stellvertretenden Schiedsperson für den Amtsbezirk Billerbeck für die Amtszeit vom 1. März 2018 bis zum 28. Februar 2023

Nach kurzer Erörterung fasst der HFA folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Für den Schiedsamtsbezirk Billerbeck wird für die Wahlzeit vom 1. März 2018 bis 28. Februar 2023 Frau Irmgard Ueding als stellvertretende Schiedsperson gewählt.

Stimmabgabe: einstimmig

6. Antrag der SPD Fraktion vom 27.11.2017
hier: Errichtung eines digitalen Bürgerservice-Portals der Stadt Billerbeck

Herr Messing erläutert unter Bezugnahme auf die Ausführungen in der

Sitzungsvorlage, dass bereits viel in Richtung Digitalisierung getan wurde. Zurzeit fehle noch ein eigenes Zertifizierungssystem zur Identifizierung und ein Bezahlsystem. Voraussichtlich werde in 10 – 15 Jahren jeglicher Vorgang digitalisiert ablaufen.

Herr Walbaum macht deutlich, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung zu kurz gedacht sei. In dem SPD-Antrag gehe es neben dem E-Government auch um den digitalen Bürgerservice. Die Bürger sollten auf der homepage der Stadt Billerbeck die Möglichkeit haben, z. B. defekte Laternen zu melden. Außerdem sollte es eine Liste von Notrufnummern und eine Liste aller Dokumente und Formulare zum Herunterladen geben.

Frau Dirks und Herr Messing weisen darauf hin, dass sich die Bürger mit ihren Anliegen bislang meistens telefonisch oder persönlich direkt an die Mitarbeiter wenden. Es sei aber möglich, zusätzliche Dienstleistungen einzufügen.

Frau Rawe erklärt, dass sie dem SPD-Antrag grundsätzlich folgen möchte. Die Bürger müssten die Möglichkeit haben, Beschwerden vorzubringen und Anträge herunterzuladen. Außerdem sollte eine Bestätigungs-Mail versandt werden, damit die Bürger wüssten, dass ihr Anliegen bearbeitet werde.

Nach weiterer Erörterung führt Herr Walbaum aus, dass ein Anfang gemacht wäre, wenn auf der ersten Seite des Internetauftritts der Stadt Billerbeck die Kontaktadresse abrufbar wäre und Beschwerden, Mängel und Schäden vorgebracht werden können (mit Antwort-Mail). Außerdem sollten alle Anträge und Formulare gebündelt auf einer Seite zum Herunterladen zur Verfügung gestellt werden.

Auf Vorschlag von Herrn Walbaum wird der Beschlussvorschlag der Verwaltung entsprechend ergänzt.

Beschlussvorschlag für den Rat:
Die Verwaltung richtet einen Arbeitskreis zu Stärkung von E-Government ein, um möglichst vielfältig weitere Dienstleistungen digital zur Verfügung zu stellen.

Als Sofortmaßnahme sind folgende drei Punkte umzusetzen:

1. Kontaktadresse der Stadt Billerbeck auf der ersten Seite des Internetauftritts der Stadt Billerbeck
2. Beschwerdeformular mit E-Mail Antwort an Bürger über die Rubrik Dienstleistungen
3. Antragsformulare gebündelt zum Herunterladen

Stimmabgabe: einstimmig

7. Informationen zur Flüchtlingssituation

Herr Struffert informiert die Ausschussmitglieder über die aktuelle Flücht-

lingssituation in Billerbeck. Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Auf Nachfrage von Herrn Flüchter, wie Billerbeck im Vergleich zu den anderen Kommunen dastehe, teilt Herr Struffert mit, dass Billerbeck nach der letzten Mitteilung der Bezirksregierung Arnsberg noch ca. 20 Personen aufnehmen soll, damit wäre das Aufnahmesoll von 100% aber noch nicht erreicht. Es gebe Kommunen, die ähnlich wie Billerbeck dastünden, aber auch Kommunen, die das Aufnahmesoll von 100% überschritten hätten. Mit der Zuweisung von Flüchtlingen müsse also jederzeit gerechnet werden.

Frau Rawe erkundigt sich, ob bei Aufgabe einer Unterkunft eine neue Unterkunft für den Fall der Fälle vorgehalten werde.

Herr Struffert führt aus, dass durch Umstrukturierungen in den originären Gemeinschaftsunterkünften Wohnplätze freigehalten würden. Nach einer neuen großen Unterkunft müsse man aktuell nicht suchen.

Frau Rawe möchte weiter wissen, warum der Erstbezug des neu errichteten Gebäudes an der Osterwicker Straße sich so lange hinziehe.

Frau Dirks teilt mit, dass sich die Abnahme verzögert habe, weil bzgl. des barrierefreien Zugangs zu den Balkonen nachgebessert werden musste. Des Weiteren hätten noch Trocknungsarbeiten durchgeführt werden müssen. Das Gebäude sei zum 1. Februar 2018 bezugsfertig.

Frau Mollenhauer führt aus, dass sie in diesem Zusammenhang besorgt sei, ob die veranschlagten Kosten im Rahmen bleiben, da bei den Trocknungsarbeiten und auch schon bei der Gründung des Gebäudes einige Unwägbarkeiten aufgetreten seien. Aus diesem Grunde wünsche sie von der Verwaltung für das Haus Osterwicker Straße 1 die Vorlage eines Rechenschaftsberichtes.

8. Mitteilungen

8.1. Änderung des Sitzungskalenders - Herr Messing

Herr Messing teilt mit, dass die nächste HFA-Sitzung am 8. März 2018 geplant sei. Diese Sitzung solle mit der Bezirksausschusssitzung am 1. März 2018 getauscht werden. In der HFA-Sitzung werde Herr Heimann die Ergebnisse des Organisationsgutachtens vorstellen.

8.2. Freigabe der Fußgängerzone für den Fahrradverkehr - Herr Messing

Herr Messing teilt zu einer Anfrage von Herrn Walbaum in der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses am 07.12.2017, wonach

hinsichtlich der Freigabe der Fußgängerzone die Zusatzzeichen „ausgenommen an Markttagen“ und „Schritttempo fahren“ noch nicht angebracht seien mit, dass in einem Ortstermin am 10. November 2016 mit der Straßenverkehrsbehörde, der Polizei und Vertretern der Stadt die Situation in der Fußgängerzone besprochen und eine entsprechende Beschilderung angeordnet wurde. Laut Vermerk über den Ortstermin, der auch Grundlage für die verkehrsrechtliche Anordnung vom 14.07.2017 ist, wurde bzgl. der Beschilderung folgendes festgehalten:
„Es ist beschlossen worden, dass ein Minimum an Schildern angebracht werden soll. Es werden keine Zusatzzeichen, wie „ausgenommen an Markttagen“ und „Schritttempo fahren“ angebracht. Es herrschte Einigkeit darüber, dass sich das Verhalten der Radfahrer aus der jeweiligen Situation innerhalb der Fußgängerzone ergibt. Die gegenseitige Rücksichtnahme wird in den Vordergrund gestellt.“
Folglich seien die o. g. Schilder nicht angebracht worden, da sie nicht Bestandteil der verkehrsrechtlichen Anordnung sind.

8.3. Haushaltspläne 2018 - Frau Lammers

Frau Lammers bittet um Mitnahme der ausliegenden Haushaltspläne. Der Haushaltsplan 2018 sei außerdem wie immer auch digital im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Weiter teilt sie unter Bezugnahme auf den Vorbericht des Haushaltsplanes mit, dass Billerbeck vom 2. Kommunalinvestitionsfördergesetz leider nicht profitiere, weil Billerbeck abundant ist.

9. Anfragen

9.1. Freigabe der Fußgängerzone für den Fahrradverkehr - Herr Walbaum

Der o. a. Mitteilung von Herrn Messing zur Freigabe der Fußgängerzone hält Herr Walbaum entgegen, dass der Rat etwas anderes beschlossen habe. Die Angelegenheit müsse noch einmal auf die Tagesordnung, zumal es auch um die Evaluierung gehe.
Außerdem erwarte er, dass Änderungen bei der Umsetzung von Beschlüssen bekanntgegeben werden, ohne dass eine Anfrage erfolgt.

Herr Messing räumt ein, dass eine Mitteilung hätte erfolgen müssen. Der Ratsbeschluss habe mit der Straßenverkehrsaufsicht abgestimmt und von dort genehmigt werden müssen. Über die Anordnung der Straßenverkehrsaufsicht könne man sich nicht hinweg setzen.

Auf Einwand von Herrn Walbaum, dass die Beschilderung so doch keinen Sinn mache, sagt Frau Dirks nochmalige Überprüfung und Rücksprache mit der Straßenverkehrsaufsicht zu.

9.2. Unterstand für die Badeaufsicht im Freibad - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer erkundigt sich nach dem Sachstand bzgl. des Unterstandes im Freibad. Verwaltungsseitig sei mitgeteilt worden, dass die Gestaltung mit der Denkmalbehörde abgestimmt werden müsse. Die nächste Badesaison stehe bevor.

Frau Dirks berichtet, dass Gespräche mit dem Stelleninhaber und der Arbeitsschutzkommission geführt wurden. Auf jeden Fall werde eine Seite des Unterstandes geschlossen, was sonst noch gemacht werde, darüber sei man im gegenseitigen Austausch.

Marion Dirks Bürgermeisterin	Birgit Freickmann Schriftführerin